

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Neuerweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt. — Vergleichs Nachrichten.)

Vor Aufnahme von
Anzeigen an bestimmten
Tagen und an vorge-
schriebenen Plätzen, für
welche Anzeigen sowie
für Aufnahme von
Anzeigen, wird keine
Gewähr übernommen.
Die Geschäftsstelle
ist täglich geöffnet von
8 1/2 bis 6 Uhr, Sam-
stage von 8 bis 5 Uhr.

Hat Baldwin kapituliert? Siegesstimmung in Paris.

GA Paris, 20. Sept. (Drahtb.) Zu der gestrigen Unterredung zwischen Baldwin und Poincaré vertritt das eine die Mitteilung, in der es heißt: Die Zusammenkunft sei trotz der Kürze ein diplomatisches Ereignis von größter Bedeutung. Die darüber ausgegebene Mitteilung sei in dieser Hinsicht besonders beachtenswert, obwohl sie distanziert gehalten sei. Der Besuch des Baldwin vor seiner Rückreise nach London, Milner und seinen französischen Kollegen abzuschießen, habe den Wiederbeginn der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen ankündigen sollen. Baldwin will darin ein Zeichen der teilweisen Meinungsänderung des englischen Kabinetts hinsichtlich der Verbots des gegenseitigen Handelsverkehrs erkennen. Für die Alliierten Frankreich, ob sie politisch, finanziell oder handelspolitisch interessiert seien, mache sich die Ruhraktion mit bezahlter. Es sei übrigens im Augenblick nicht möglich, die Legalität der von den Ministern in Paris und Brüssel getroffenen Zwangsmaßnahmen zu erklären, da sie im Begriff seien, den erwarteten Erfolg zu bringen. Sicher sei, sagt Baldwin, daß die deutsche Bevölkerung im besetzten Gebiet des systematischen Widerstandes gegen die alliierten Behörden überdrüssig sei, der ihr von Berlin aufgezwungen werde. Das Kabinett Stresemann selbst gebe sich über den Ausgang des eingeleiteten Kampfes keine Täuschungen mehr. Unter diesen Umständen sei Poincaré bereit, Verhandlungen mit dem Reich wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Verbotsmaßnahmen passiven Widerstand zurückgezogen werden. Poincaré habe das immer noch für eine unerlässliche Bedingung. Es sei nicht übersehbar, so führt Baldwin weiter aus, daß sich Baldwin der Logik der Argumentation und der Stärke der Ueberzeugung seines französischen Kollegen angeschlossen habe. In seiner Frage beziehe eine Meinungsverschiedenheit über das Ziel der beiden Regierungen, und man hoffe, daß das in Berlin verhandelt werde.

FZ Paris, 21. Sept. (Drahtb. der FZ.) Die offiziellen Abendblätter versuchen den Eindruck zu verfestigen, als ob das entscheidende Ergebnis des gestrigen Tages in der Tatsache zu erblicken sei, daß die englische Regierung Frankreich endgültig freie Hand gelassen habe in der Wahl der Mittel, Deutschland zur völligen Kapitulation zu bringen, gegen die von Poincaré gegebene Zusicherung, daß England zu den späteren Verhandlungen zur endgültigen Liquidation des Reparationsproblems und der damit zusammenhängenden Fragen zugezogen werden soll, mit anderen Worten, die englische Regierung, die noch vor wenigen Wochen die Legalität der Ruhrbesetzung bestritten und in einem amtlichen Schlußsatz nachgewiesen hat, daß sie eine Verletzung des Vertrages von Versailles darstelle, soll sich verpflichtet haben, sich jeder weiteren Intervention zu enthalten. Das gestrige Kommuniqué, so heißt der „Temps“, werde nicht verstanden können, in Deutschland die letzten Funktionen zu zerstören.

Rühre Auffassung in England.

WTB London, 20. Sept. (Drahtb.) Eine Neutermessung aus Paris vom gestrigen Abend besagt: Baldwin sei, dem Vernehmen nach, ganz befriedigt vom dem Ergebnis der gestrigen Unterredung, die, obgleich keinerlei Beschlüsse gefaßt seien, es den beiden Premierministern ermöglichte, ihre beiderseitigen Standpunkte besser zu verstehen. Es verlautet, daß die Wiederherstellungsfrage die einzige Frage war, die erörtert worden sei.

Wie sehr die Ansichten eines Teiles der Presse über die gestrige Zusammenkunft Baldwin und Poincarés auseinandergehen, tritt in den Ueberlieferungen zu Tage, unter denen z. B. „Daily Telegraph“ und „Daily Mail“ ihre Meinungen über die Konferenz der beiden Minister veröffentlichten. Während „Daily Telegraph“ in feindlicher Weise eine Condemnation der nächsten Schritte, die „Daily Mail“ in nicht weniger sensationeller Weise ihren Lesern mit: England und Frankreich sind wieder Freunde. Mahnende Blätter, wie die „Times“ und der „Daily Express“, üben bei der Beurteilung des Ergebnisses der gestrigen Konferenz eine große Zurückhaltung an und betonen, daß bei der bekannten Stellungnahme der beiden Regierungen in der Wiederherstellungsfrage wahrscheinlich noch eine Strecke zurückgelegt werden müsse, um die beiden Standpunkte zu nähern.

WTB London, 20. Sept. (Drahtb.) In diesem Zusammenhang wird hinsichtlich des Ergebnisses der gestrigen Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré eine Zurückhaltung beobachtet. Es wird hervorgehoben, daß die zur Rückkehr Baldwin nach London jedes Urteil über das Ergebnis der Zusammenkunft verfrüht sei. Unter Hinweis auf den außerordentlichen Ton der Pariser Presse wird erklärt, die französische Öffentlichkeit sei unzufrieden von der Zusammenkunft betroffen. Während die „Daily Mail“ schreibt, der von der britischen Öffentlichkeit in Paris veröffentlichte Bericht werde in diesem Zusammenhang mit innerer Gleichgültigkeit angesehen, teilt der „Evening Standard“ mit, der Bericht sei in London mit äußerster Heftigkeit aufgenommen worden. Man frage sich, ob dieses für die englische Öffentlichkeit in ihrem Mangel an wirtschaftlichen Interessen ein ernstliches Dokument auf Veranlassung des britischen Kabinetts veröffentlicht worden sei.

Eine Neutermessung aus Paris fand britische Presse in Paris der Ansicht, daß Großbritannien und

Frankreich gestern ein neues Blatt aufgeschlagen hätten, und daß ein neues Kapitel in ihren Beziehungen unter guter Vorbedeutung beginne.

Der „Manchester Guardian“ schreibt in einem Zeitungsartikel, es sei unmöglich zu glauben, daß die beiden ersten Minister im Verlauf einer kurzen Unterredung plötzlich einander haben sollen, daß in seiner Frage irgend eine Verschiedenheit des Sinnes oder der Grundtöne bestehe, die das Zusammenwirken der beiden Länder gefährden könnte. Tatsache scheint es zu sein, daß sowohl die britische wie auch die französische Regierung der Ansicht seien, daß sie wahrheitsgemäß bald einer neuen Lage gegenüberstehen würden, und daß sie daher den Wunsch hätten, sich so gut wie nur möglich über ihre gegenseitigen Absichten zu verständigen. Bevor die neue Lage sich entwickelt habe, sei es unwahrscheinlich, daß eine der beiden Länder seine Position auf den Tisch legen werde. Dies sei auch klar von ihnen gedankelt, denn die neue Lage werde sich vielleicht nicht im erwarteten Sinne entwickeln. Es sei sogar wahrscheinlich, daß die französische Regierung mit ihren Verbindungen einen großen Sprung gemacht habe. Deutschland werde tatsächlich durch seine Armut gestärkt werden, indem das bisherige Widerstand ein Ende zu nehmen, und dies sei nach der letzten französischen Note die eine Bedingung gewesen, unter der Verhandlungen beginnen könnten. Deutschland werde somit kapituliert, es werde die Besetzung angenommen haben. Der „Manchester Guardian“ fragt, ob es etwas anderes sei, was die Franzosen unter Kapitulation verstanden. Weiter beziehe der Grund zu denken, es sei in der französischen Presse erklärt worden, daß Kapitulation auch die Anerkennung der Legalität der Besetzung durch Deutschland bedeute. Dies sei von einer Forderung der Annahme der Besetzung als Tatsache völlig verschieden. Wenn Deutschland einmütig ausgedrückt, daß die Besetzung durch den Vertrag autorisiert sei, so habe es so gut wie sein eigenes Todesurteil unterschrieben. Poincaré habe immer und immer wieder erklärt, daß die Besetzung dauern sollte, bis Deutschland alle seine Vertragsverpflichtungen erfüllt habe. Da es dies niemals erfüllen könne, so könne die Besetzung für immer dauern und Deutschland würde sein Recht auf Protest wegen Unterdrückung haben. Ebenso wie seine erzwungenen Unterwerfung unter dem Vertrag von Versailles, die von Poincaré jetzt herangezogen werde, um Deutschlands Unaufrichtigkeit zu beweisen, so würde diese neue Unterwerfung gegen Deutschland angeführt werden, wenn es jetzt oder in Zukunft versuchen sollte, gegen den Verlust des Ruhrgebietes und des Rheinlands Einspruch zu erheben. Wie die französische Regierung es aufsehe, sei die Frage der Rechtmäßigkeit der Besetzung die wichtigste. Die Besetzung sei von der englischen Regierung als rechtmäßig erklärt worden und die französische Antwort auf den Wunsch der Ruhr für eine Zeitlang Aussetzung einer einzigen Wunde des Berliner Vertrags durch Frankreich. Die Differenzen, die bei einem Vergleich der französischen und der britischen Note gefunden würden, seien nur äußerliche, jedoch nicht unüberwindlich. Wenn das Deutschland als Gesamtheit verstanden werde, so müßte diese Frage irgendwie geregelt werden. Es sei weit besser, daß dies unter Mitwirkung Englands geschehe, als ohne England. Es gebe jedoch gewisse Dinge, die England nicht tun könne. England könne nicht eine Vereinbarung unterzeichnen, welche die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung anerkenne, die Deutschland eine Zeit lang erlaube, die es nach englischer Ansicht nicht tragen könne oder die durch erzwungene territoriale oder sonstige Bereicherungen verbundene Gefühle der Ungerechtigkeit hinterlassen würden.

Baldwins Abschiedsbesuch.

WTB Paris, 20. Sept. Der englische Erste Minister Baldwin hat heute mittag mit seiner Familie Versailles besucht.

WTB Paris, 21. Sept. (Drahtb.) Baldwin hat gestern abend nach seiner Rückkehr von Versailles Poincaré im Quai d'Orsay einen Abschiedsbesuch ab. Die Unterredung dauerte 10 Minuten. Baldwin reist heute mittag nach London weiter.

GA Paris, 20. Sept. (Eig. Drahtb.) Die Berliner Meldung, daß die Vorkämpfer Englands und Italiens in der vergangenen Woche einen Schritt bei Poincaré unternommen hätten, um von ihm weniger harte Bedingungen für das Kabinett Stresemann zu erbitten, wird am Quai d'Orsay als erfunden bezeichnet.

Eine Ruhrbesprechung bei Poincaré.

WTB Paris, 21. Sept. (Drahtb.) Gestern abend trat unter dem Vorsitz Poincarés eine Konferenz zusammen, die sich mit der Ruhr- und Rheingangsangelegenheit befaßte. Die Konferenz wohnten Marshall Foch, der Finanzminister, der Minister für öffentliche Arbeiten, der rheinische Oberkommissar Tirard und der ehemalige Abgeordnete Oberkirch bei.

Es wurden nach dem „Matin“ alle Fragen durchgesprochen, die sich in dem Augenblick ergeben würden, in dem der passive Widerstand sein Ende finde. Ueber die Wiederhernahme der Arbeit berichtete Le Troquer, über den Marzfall der Finanzminister und über die Stimmung im besetzten Gebiet sprach Tirard selbst.

Nach dem „Echo de Paris“ sollen im Laufe der Beratungen auch die Maßnahmen besprochen worden sein, die ergriffen würden, um die Marktlage zu bessern. Für den Augenblick werde die Frage einer rheinischen Währung noch geprüft.

Lloyd Georges Reise nach Amerika.

WTB London, 20. Sept. Lloyd George wird am 20. September nach New York abreisen und von dort unverzüglich eine Rundreise durch verschiedene Städte Kanadas beginnen. Später besucht er verschiedene amerikanische Städte und beendet seine Reise in New York, wo in der Oper eine Kranzrede veranlaßt werden soll, bei der Lloyd George eine wichtige Rede halten wird.

Stresemanns letztes Angebot.

GA Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtb.) Das heute veröffentlichte Ergebnis der Besprechungen der Ministerpräsidenten in Paris, daß dabei völlige Uebereinstimmung ihrer Ansichten erzielt worden sei. Man braucht diese Erklärung nicht ganz wörtlich zu fassen. In der Pariser Presse ist allerdings zu lesen, was Baldwin nicht zugeben hat. Man kann vielleicht auch feststellen, daß sich auch nicht alle Hoffnungen Poincarés erfüllt haben. Aber im großen und ganzen scheint doch für England und Frankreich die Möglichkeit herbeigeführt zu sein, ein Stück Weges gemeinsam weiterzugehen. Was bedeutet das für Deutschland? Ein Zwist zwischen den beiden Ländern ist bisher noch immer auf dem Rücken des deutschen Volkes ausgefochten und zu keinem Resultat beigelegt worden. Greifbare Hilfe ist von London her jetzt doch nicht zu erwarten, und wenn man sich also auf ein Kompromiß geeinigt hat, so darf man nunmehr wenigstens erwarten, daß der bisherigen inoffiziellen Fühlungsnahme zwischen Deutschland und den Alliierten bald die offiziellen Verhandlungen folgen werden. Diese Annäherung scheint der positive Kern des Pariser Telegramms zu sein.

Nun ist inzwischen auch die Auffassung der deutschen Regierung über solche Verhandlungsmöglichkeiten bekannt geworden. Insbesondere gewinnt man immer klarere Einblicke über die Voraussetzungen, die man im Kabinett an den Verhandlungen beginnt knüpft. Die Einzelheiten darüber sind bereits mitgeteilt. Sie sind auch, wie schon angedeutet, den alliierten Regierungen bekannt. Das Reichskabinett ist, nach allem zu urteilen, dem Standpunkt der französischen Regierung außerordentlich weit entgegengekommen. Darüber in diesem Augenblick viel Worte zu verlieren, erübrigt sich. Die deutschen Angebote sind die Ergebnisse einer zwangsläufig gewordenen Entwicklung auf politischem und vor allem finanziellem Gebiet, die man als gegeben anerkennen muß.

Derzeit handelt es sich darum, festzustellen, was Deutschland bietet und was es erwartet.

Die wichtigsten Forderungen sind:

1. Amnestie für alle Verurteilten.
2. Rückkehr aller Ausgewiesenen.
3. Rückkehr der Verwaltung in die Hände der deutschen Beamten.
4. Freiheit der Arbeit.
5. Freier Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.

Ohne Erfüllung dieser Voraussetzungen ist aus ganz natürlichen Gründen weder an die Wiederhernahme der Arbeit, noch an eine produktive Leistung des Ruhrgebietes zu denken. Es gibt auch keine Regierung, die eine derartige Empfehlung an die betreffende Bevölkerung weitergeben könnte. Sie bilden aber zugleich Forderungen der nationalen Ehre und werden daher vom ganzen deutschen Volke getragen. Wie früher beim Verlangen nach Auslieferung der sogenannten Kriegsschuldigen das deutsche Volk einmütig und geschlossen aufstand und sie verweigerte, genau so würde heute die ohnehin bis zur Siebehöhe gesteigerte Erregung aller Nationalgefühnen jeder Regierung sagen, zu verhindern, auf anderer Grundlage zu einem Abkommen zu gelangen.

Wird Frankreich in diesem Punkte nicht nachgeben, dann wäre damit der Zusammenbruch des deutschen Reiches da. In Paris würde man vielleicht sich darüber freuen, aber bei den übrigen europäischen Staaten, insbesondere bei England, dürfte eine solche Möglichkeit doch ganz andere Empfindungen auslösen. Man wird in Paris nicht umhin können, über diese Frage alsbald völlige Klarung zu schaffen, denn sie bildet die Grundlage jeder Verhandlung. Frankreich kann auch ruhig das Zugeständnis machen, denn auf der anderen Seite kommt Deutschland in ungleich höherem Maße entgegen.

Es wird — um das mit einem Worte zu sagen — das von Poincaré geforderte Verbleiben französischer und belgischer Truppen, die dann ja „unsichtbar“ werden sollen, zugestanden, denn die Räumungsfrage wird jetzt streng von der Reparationsfrage getrennt. Deutschland will nicht nur über die Reparationen verhandeln, sondern will sie auch zahlen, während die Besetzung noch andauert.

Gesetzt den Fall, was man in diesem Augenblick natürlich noch nicht wissen kann, Frankreich werde auf diese Verhandlungsgrundlage treten, so würde für Deutschland immerhin die Möglichkeit vorhanden sein, auf Grund seiner Lage seine Geldverpflichtungen so schnell zu mobilisieren und in Barzahlungen durch Anleihen umzuwandeln, daß die vollständige Räumung dann ja nicht nur des Ruhrgebietes, sondern auch der Sanktions- und der alliierten Gebiete in der nächsten Zeit zu erwarten wäre. Die etappenweise Zurückziehung im Rahmen der Leistungen hätte Poincaré damit erreicht. Er hat sowohl den Prestige-Erfolg wie auch die wirtschaftlichen Ergebnisse einer fortlaufenden Barzahlung und Sachleistung.

Wahrscheinlich ist natürlich nicht zu übersehen, wie sich der französische Ministerpräsident zu diesem

Vorschlag verhalten wird. Aber es scheint doch die alleräußerste Grenze dessen zu sein, was man unter einer ehrenvollen Liquidation in Deutschland versteht. Das Kabinett befindet sich hier auf einem glatten und gefährlichen Boden. Einen Schritt weiter gibt es nicht. Mancher wird sagen, die Grenze sei schon überschritten.

Es ist das Letzte, was Deutschland zu bieten hat. Und weil dem so ist und weil es das auch weiß, hat es die Pflicht, um diesen Rest bis zum Aussterben zu kämpfen. Jetzt geht es tatsächlich um das höchste Gut, um die Einheit des Reiches.

Zum Schluß muß doch noch auf eines hingewiesen werden. Was verbreitet eine Meldung folgenden Inhalts: „Es ist im Augenblick unmöglich, die Legalität, also die Rechtmäßigkeit, der von den Ministern in Paris und in Brüssel getroffenen Zwangsmaßnahmen zu erklären, da sie im Begriff seien, den erwarteten Erfolg zu bringen.“ Hierzu ist noch einmal festzustellen: Es ist Gemeingut der Regierung wie des ganzen deutschen Volkes, daß auch durch ein Uebereinkommen, das vielleicht zustandekommen könnte, sich nie mand in Deutschland jemals dazu bereit finden würde, in irgendeiner Form die Rechtmäßigkeit der Ruhrbesetzung anzuerkennen, die auch von England in einer offiziellen Note bestritten worden ist. Es gibt kein Ereignis, das Deutschland von diesem Standpunkte abbringen könnte.

Hindenburg an Bayern.

GA Frankfurt, 20. Sept. (Eig. Drahtb.) Aus München wird der „Frankf. Ztg.“ berichtet: Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der zu einem vierwöchigen Erholungsurlaub in Bayern gewechselt hatte, ist gestern von München abgereist. Bei seinem Abschied richtete er an den Vorständen der bayerischen Verbände, Professor Bauer, die bringende Mahnung, daß sich Bayern auf keinen Fall vom Reich trennen dürfe, auch nicht vorübergehend. Bayern dürfe nicht vergessen, daß Preußen auch ihm in schlimmen Tagen geduldet habe. Es gelte Treue und Ehre.

Bayern unterstützt Stresemann.

WTB München, 21. Sept. (Drahtb.) Der bayerische Minister des Innern sprach in Rastatt über die innen- und außenpolitische Lage. Nach einem Hinweis auf den gewaltigen Abstieg Deutschlands sagte er: Der Reichskanzler habe einen neuen Versuch zur Wiedergewinnung der Dinge unternommen. Wenn auch der Erfolg zweifelhaft sei, so müsse doch alles zusammenstehen, um dem Kanzler die Außenpolitik nicht zu erschweren. Wenn Frankreich auch dieses Anerbieten zurückweise, dann sei bewiesen, daß Frankreich lediglich die Zerstörung Deutschlands wolle. Ueber die vaterländischen Verbände in Bayern sagte der Minister, er begrüße ihre Arbeit zur Stärkung des vaterländischen Gedankens, aber es dürfe sich kein Staat im Staat herausbilden. In der heutigen Zeit sei das wichtigste die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.

Wiedfeldt auf der Fahrt nach Berlin.

GA Paris, 21. Sept. (Eig. Drahtb.) Der „Welt Parisien“ meldet aus New York, daß der deutsche Vorkämpfer, Dr. Wiedfeldt, sich am 20. dieses Monats nach Deutschland einschiffte; habe auf Grund von Instruktionen, die er von dem Kanzler Stresemann erhalten habe. Er soll dem Kanzler über die Haltung der amerikanischen Regierung der gegenwärtigen Lage Deutschlands gegenüber und über die Stimmung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten Bericht erstatten. Er wird, wie verlautet, nur kurze Zeit von Washington abwesend sein.

Zimmer wieder falsche Behauptungen.

Berlin, 20. Sept. Im Ruhrgebiet wurde heute mittag das Gerücht verbreitet, die Reichsregierung habe den Gewerkschaften angezeigt, daß sie nicht mehr in der Lage sei, den passiven Widerstand fortzusetzen, vielmehr die Zahlung der dafür erforderlichen Mittel einzustellen müsse, daß sie es der Reichsregierung der besetzten Gebiete überlassen müsse, den Kampf aus eigenen Mitteln weiterzuführen, falls dies möglich sei. Im übrigen aber könne sie der Bevölkerung nur die sofortige Ausrufung der rheinischen Republik empfehlen. Diese Behauptungen sind freierfunden.

Die freien Gewerkschaften zur Lage.

WTB Berlin, 20. Sept. (Drahtb.) Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärt kategorisch, die von den deutschen Verbänden verbreitete Meldung, die Gewerkschaften hätten an die Reichsregierung ein Ultimatum gerichtet, daß sie entweder in drei Tagen den passiven Widerstand aufgeben oder zurücktreten müsse, entspreche in keiner Weise den Tatsachen. Der Vorstand betont, die in den Gewerkschaften organisierten

Diese Nummer umfaßt 8 Seiten.

Volkswirtschaft, Handel und Industrie.

Dollar=109525000. H.G. (amtl.)

Einzelhandelsindex	90 v. d.
Geldlohn auf Geld	(15.-18. 9.) 1389 999 900 v. d.
	(22.-25. 9.) 3359 999 900 fad
Großhandelsindex	(Ersttag 18. 9.) 36000 000 fad
Wohnhaltungsinde	(Zweitag 17. 9.) 11244 900 fad
	(Durchschnitt Aug. u. Sept. 586 045 fad)

Reich und Währungsbank.

Die die „D. Z.“ erzählt, ist die Belastung der Wirtschaft auf Grundlage des Beitragsantrags. Zwischen der neuzuschaffenden Währungsbank zum mehr 3 Prozent des Beitragsantrags in Aussicht genommen worden. Das Projekt Helfferich hatte bekanntlich fünf Prozent vorgesehen. Die Gründe, weshalb man unter diesem Satz blieb, dürften vorwiegend außenpolitischer Natur sein und damit in Zusammenhang stehen, daß der Entente bereits die erste Hypothek auf den deutschen Sachwertbesitz angeboten worden ist. Der Ertrag wird demnach nur mehr auf 2,4 Milliarden Goldmark geschätzt, so daß die Emissionsfähigkeit der Bank sich ebenfalls auf 2,4 Milliarden belaufen würde. Dem Reich also würde nur noch ein Kredit in gleicher Höhe bei der neuen Bank zur Verfügung stehen. Man hofft aber, auch diesen Betrag nicht voll in Anspruch nehmen zu müssen.

Zur Unterstützung der Währungsreform.

b. Ebenso wie die Großbanken haben auch die Provinzbanken, namentlich in Süd-Deutschland und Mitteldeutschland, Goldmarkt, und zwar in Höhe von 20 Millionen, der Reichsregierung zur Verfügung gestellt, zum Zwecke der Einwirkung auf den Devisenmarkt.

Reichsbankausweis.

Banknotenumlauf 1182 Billionen.
Verminderung des Goldbestandes um 20,6 Millionen.

WTB Berlin, 20. Sept. Die Verschlechterung der Lage der Reichsbank machte in der ersten Septemberwoche weitere Fortschritte. Wie der Bankausweis vom 7. dieses Monats zeigt, erhöhte sich die gesamte Kapitalanlage um 681,8 auf 1859 Billionen Mark. Von der Vermehrung entfielen 584,2 Billionen Mark auf Reichsbankangelegungen, deren Bestand damit auf 1571,5 Billionen Mark wuchs, und zwar insbesondere infolge gesteigerter Ansprüche des Reiches. Das Wechsel-Portefeuille hob sich um 113,8 auf 278,4 Billionen Mark. Es handelt sich bei dieser Zunahme zu einem erheblichen Teile um Zinsscheine und Schecks, für die also die Reichsbank als freibewahrende Stelle eigentlich nicht fungiert, im übrigen um solche kurzfristigen Kredite, deren Überleitung auf werthständige Basis eine Gefährdung des Wirtschaftslebens, insbesondere ohne Gefährdung der Volksernährung, bei der Kürze der Zeit noch nicht möglich war. Das Lombard-Konto weist diesmal eine Abnahme um 1,4 auf 8,9 Billionen Mark auf, was mit dem Übergang größerer Darlehensposten auf die Reichsbankkassen zusammenhängt. Die neu beantragten Kredite flossen teilweise den fremden Geldern zu, die um 229,6 auf 880,6 Billionen Mark stiegen.

Der größere Teil wurde indes der Bank in der Form von Zahlungsmitteln entzogen, da sie namentlich wieder in der Lage war, dem an sie heran tretenden Banknotenbedarf zu genügen. Der Umlauf an Banknoten erfuhr daher eine Vermehrung um 518,8 auf 1182 Milliarden Mark. Der Umlauf an Darleinstaffeln hingegen ging von 11 auf 10,6 Milliarden Mark zurück.

Der Goldbestand verminderte sich um 20,6 Millionen Goldmark, die im Interesse der Devisenbekämpfung verwendet worden sind. Der Betrag wurde dem Goldsaldobestande der Bank entnommen, der auf 478,6 Millionen Mf. zurückging. Das Golddepot im Auslande änderte sich nicht. Der Bestand an Münzen aus unedlem Metall ermäßigte sich um 1,2 auf 19,7 Milliarden Mark.

Die Darlehnskassen des Reiches wurden mit 22,9 Billionen Mark neu in Anspruch genommen, ihre Ausleihungen stiegen auf 107 Billionen Mark. Sie führten einen entsprechenden Betrag an Darlehenskassenscheinen an die Reichsbank ab, so daß deren Bestände an solchen Scheinen auf die gleiche Höhe, nämlich auf 107 Billionen Mark, anwuchsen.

Wirtschaftliche Tagesübersicht.

Einschränkung der Einfuhr.

Der Reichsfinanzminister hat den Entwurf einer Verordnung fertiggestellt, die starke Zollerhöhungen vorläuft zur Eindämmung der Einfuhr entbehrlicher Gegenstände. Es handelt sich um Erhöhungen von 33½, 50 und 100 Prozent. Volksernährungs- und Genussmittel, wie Kaffee, Kakao und Tabak, sollen von neuen Zollerhöhungen nicht betroffen werden. Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates stimmt dem Entwurf unter Annahme einer Einschränkung zu, die bei keinen Volksernährungs- und Genussmitteln bis zu 100 Prozent der letzten Zollsätze wünscht.

Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches
(Goldanleihe)

Unrechnungsfürse für die Berechnung der Ausfuhr-
abgabe in Gold.

Gültig für die Zeit vom 22. bis 25. Dezember.

100 japanische Bänfer 19.69 (Seidmar); 100 amerikanische Dollar 120.34; 100 argentinische Pesos (Papier) 137.91; 100 argentinische Pesos (Gold) 313.39; 100 belgische Franken 20.29; 100 brasilianische Kreuzer (Papier) 42.06; 100 bulgarische Lewa 4.32; 100 chilenische Pesos (Papier) 52.08; 100 chilenische Pesos (Gold) 148.95; 100 dänische Kronen 76.45; 100 deutsche Papiermark 0.00003; 100 Deutsch-Oesterreichische Kronen 0.0059; 1 englisches Pfund Sterling 19.10; 100 englische Schillinge 95.50; 100 englische Pence 7.96; 100 finnische Mark 1.14; 100 finnische Mark 11.26; 100 französische Franken 24.47; 100 griechische Drachmen 7.98; 100 holländische Gulden 165.60; 100 japanische Yen 206.69; 100 italienische Lire 18.54; 100 indisch-holländische Dinar 4.54; 100 lettische Rubel 1.57; 100 Lit 18.95; 100 mexicanische Dollar 199.76; 100 norwegische Kronen 68.50; 100 ostindische Rupien 128.01; 100 polnische Kronen 0.0014; 100 portugiesische Escudos 17.25; 100 rumänische Lei 1.95; 100 schwedische Kronen 112.14; 100 spanische Peseten 75.99; 100 spanische Peseten 57.62; 100 tschechische Kronen 2.59; 100 türkische Bänfer 2.52; 100 ungarische Kronen 0.023; 100 uruguayische Pesos (Gold) 213.45; Goldmark.

Uebuch und Geldentwertung.

WTB. Wir von anhänglicher Seite erfahren, wegen für die Hauptverwaltungen der Staatsguthabungen und die Reichsguthabenverwaltung im Hinblick auf die Geldentwertung und die außerordentlich gesteigerten Ausgaben der verschiedenen Einrichtungen sowie ihrer Verwaltung der den öffentlichen Einnahmen und zwar auch im eigenen Interesse der Staatsguthabenverwaltung der Annahme ihres Einverlebens, veranlaßt, vollständig von weiteren Forderungen für die im Reichsguthabund und früheren preussischen Staatsguthabund eingetragenen Forderungen abzusehen, unbekümmert des Rechtes der Gläubiger auf den Bezug der Forderungen und vorgreiflich einer späteren endgültigen Re-

Abhebung der Biersteuer.

GA Berlin 20. Sept. (Eig. Draht). Auf Grund einer Verordnung vom 18. September 1923 werden erhöht: 1. Die Steuerbefreiung von 17 817 000 Mark auf 57 093 000 Mark, von 18 251 900 Mark auf 58 186 000 Mark, von 18 686 500 auf 59 878 000 Mark, von 19 121 000 auf 61 271 000 Mark, von 19 990 200 auf 64 056 000 Mark, von 20 859 300 auf 66 841 000 Mark, von 21 728 500 auf 69 626 000 Mark. 2. Der Steuerbefreiung für Einfuhrbier von 21 798 500 auf 69 626 000 Mark.

Die Schlüsselzahl der Damenkonfektion.

Berliner Wertpapierbörse.

Beringerte Nachfrage auf dem Devisenmarkte
infolge der neuen Reichsbankstatist. — Effekten
schwächer.

GA Berlin, 21. Sept. (Eig. Drahtb.) An der Börse bildete die neue Devisenpolitik, welche die Reichsbank offenbar im Auftrage der Regierung, man sagt, auf Drängen des Devisenkontrollrats, durch volle Zuteilung der Devisen gestern begonnen und heute mit gewissem Erfolge fortgesetzt hatte, naturgemäß das Tagesgespräch. Schon vormittags hatte die Nachfrage nach Devisen wesentlich nachgelassen. Man hörte das Bünd zunächst mit 500 Millionen und später mit 550 und den Dollar mit 110 und kurz vor Beginn der Börse mit 120 Millionen. Die Umsätze waren aber geringfügig. An der Börse letzten Devisennotens zunächst unverändert mit 120 Millionen ein. Der Devisenmarkt war ohne Zweifel schwach veranlagt, da sich die Geldknappheit wegen der sehr geringen vollen Zuteilung der Devisen unverändert erhielt. Tägliches Geld war auch heute nur zu 10 bis 15 Prozent zu haben. Allerdings bekommen große Firmen tägliches Geld auch noch wesentlich unter diesen Sätzen zu 5 bis 6 Proz.

Die Abschaffung der Dollars ist übrigens nicht bloß durch die Geldknappheit bedingt worden, sondern auch durch die Reibungen über die bevorstehende Entlassung der Prüfsrage und die nicht vor dem Abschluß stehenden Vorbereitungen zu dem Erlaßung der Währungsreform. Die verläßt, wenn der Währungsreform etwa 300 Millionen Dollar, wenn zur Einführung des Papiergeldes zur Verfügung stehen. Da nun aber, bei einem Dollarkurs von 150 Millionen, der ja gestern erreicht worden war, zur Einführung des Notenumlaufs der im gestrigen Reichsbankausweis mit 1.180 Millionen Mark feststehen, so etwa 34 Millionen Mark notwendig wären, so könnte selbst bei einer Verleihung des Notenumlaufs das Reich seine Schuld bei der Reichsbank noch zu einem viel niedrigeren Dollarkurs, noch zu zahlen voraussetzen, daß sich das Reich, wie es den Anschein hat, zur Durchführung der Währungsreform nicht entschließt, so daß sich der Notenumlauf bis zur Einführung der Noten nicht mehr allzu stark vermehren würde. So würde, wie man an der Börse argumentiert, bei einem fortwährenden Zinsen des Dollars durch den Umtausch von Papiermark in die neuen Noten der Währungsreform ein besseres Geschäft zu machen sein. Dabei ist freilich zu berücksichtigen, daß die neue Währungsnote nur dann dem Zentralbank der Papiermark verschont bleiben kann, wenn das Reich seine Finanz- und Wirtschaftspolitik radikal ändert. Und wenn das kommt, nun natürlich alles darauf an, daß die Regierung die reichliche Menge an Geld, die sie ausgeben

Die Energie konnte nur durch energiegeladene auch
sehr beachtet werden, die die Energie in einem wiederum
von vollen Zuteilung am Denken und in der Notwendig-
keit schritt. Die Fortsetzung dieser Politik
seine freilich um so eher möglich, als die Bedarfsanmel-
dungen zur Dienstleistungsnotiz ganz wesentlich nachgelassen
haben. Die aktuellen Dienstleistungsnotizen konnten deshalb nach
wesentlich niedriger notiert werden als gestern.
Auszahlung Neuverpachtung 100 725 000.
Auszahlung London amtlich 498 750 000. Nur Süd-
sibirien wurden mit 75 Prozent repariert. Dollarnoten
ausgegeben amtlich 110 und Finanznoten 500 Millionen.
Der längere Zeit nach der Kursnotiz, stellte sich wieder
stärker Nachfrage nach englischen Finanz-
noten ein.

Die durch die volle Zuteilung der Devisen für die
Bedürfnisse hat natürlich zur Folge gehabt,
daß die Spekulation auch am Wertpapier-
markt Einfuhrungsverläufe auf Gelbbedin-
gung für die Auszahlung der Devisen vornehmen mußte.
Das Angebot war aber keineswegs drängend. Im Ge-
gensatz findet man noch zahlreiche Käufe, namentlich
für den Rheinland, die durch die geringe geld-
kräftige Preise haben die gewonnenen Devisen-
einnahme dazu benutzt, um Käufe vorzunehmen. In-
soweit die Effektenkurse in der vergangenen Devisen-
periode nicht so stark gestiegen waren, wie die Devisen-
kurse. Für schwere Werte sind stark heimgekauft wor-
den. Im übrigen kann man die heutige Werte als stark
beurteilt anführen. Das Gelbfeld war ziemlich

Die Börse schloß auf der ganzen Linie erhöht bei
erhebtem Geschäft. Engl. Pfund 600 Millionen, Dolla-
rnotenanweisungen mit 116 Mk., Goldanleihe mit 119
Mk. genannt. Sehr belebt war namentlich der Schiff-
fahrts- und Rentenanleihenmarkt. Auch chemische und Pe-
troleumwerte gesucht. Am Einheitsmarkt war die
Ernährung geteilt. Der Markt für unnottierte
Kartoffeln war notizierte, schwächer.

Nach dem Stimmungsbild der Witwenabstimmung sollten die Beamten, die als Stammmischnisse der Bank angestrichen wurden, die Kurse beeinflusst haben. Dazu wird aus Beamtenfreisen die Frage aufgeworfen, wie sich mit solcher Einstellung vereinigen lasse, als die Banken in letzter Zeit wiederholt die Konten von Beamten gekündigt bzw. deren Weiterföhrung unmöglich gemacht haben? Doch offenbar, weil sie bei ihrer

Vantopferungen ausliehen. Im übrigen hielt die Hofschicht aus Beamtenkreisen fest, daß, wenn der Beamte einmal Geld in Wertpapieren anlegte, er dazu durch die schwebende Wirtschaftslage gezwungen war, um für größere Auslagen (Tod eines Angehörigen, Geburt, Krankheit, Studium eines Sohnes, Aussteuer einer Tochter) zum Bankrott zu kommen. Das nötige Geld zur Hand zu haben, die nachschüssigen reichen und reichen nur gerade für den allernotwendigsten Tagesbedarf zu haben, die ganze Frage würde erst dann ein anderes Gesicht bekommen, wenn der Staat zur Zahlung werthvollerer Güter (Schiffahrt, Ackerbau) überhebe.

Freiverkehrstürle der Berliner Botic.

Aufbaufürche 20, 1. Sep. (An Willentzen-Present),
 Adler-Brake 950, A. G. 1. Mountain 28, Aida, Pochan 45,
 Adler-Brake 500, Peder Stahl 500, Benz 110, Berl. Gaid.
 Ind. 18, Brf. u. G. Ind. 21, Geres 60, Chem. Gaid. 20,
 Chem. Schütz 40, Pauerwiesche 20, T. am. Schmitz, 75,
 D. Bd. Zucht, 55, D. Vollaas 65, D. Wald-Ind. 21,
 Döring, Sement 60, Ellingvaden 10, Cooperator 40, Grabe
 Auts 15, Grabe Rotoren 35, Großfr. Franz. 140, Summiv.
 Ede 120, Kofgreuenes 180, Solstia 31, Holmsind G. 10,
 Indab, 20, Peder-Bettelie, 15, Rabel Abbedi 550, Karlsl.
 18, Reram G. Osim. 20, Adin-Indenbit 30, Ruri,
 Braunf. 200, Lamberts & S. 20, Gerd & Ripp 18,
 Lindcar Auts 11, Wagner-Peter, 50, Rantzi 45, Mar-
 & Bf. 65, Miff. Gelsing, 210, Rech. Treib, 20,
 Ruc. Schütz, 40, Ruffendahl 25, Müller Ralle 30,
 Rational. Film 25, Rind Gien 45, Riller 20, Nord-
 Union, 100,

Ämtliche Berliner Devijenkurfje.

Für drahtliche		20. Sept.		21. Sept.		Summe
		Sept.	Sept.	Sept.	Sept.	
Österreich	1 Stk	7121500	1778500	4309200	4309000	
Ungarn	1 Stk	6922500	6935000	3677800	3680000	
Belgien	1 St.	8975500	9025000	4887500	4887500	
Nordsee	1 St.	29127000	29273000	17550000	17644000	
Dänemark	1 St.	39217500	39382500	19502500	19497500	
Schweden	1 St.	48375000	48326500	29127000	29273000	
Frankr.	1 St.	1075000	1082000	5687500	5687500	
Italien	1 St.	8079750	8120250	4687750	4912250	
England	1 St.	8237500	8276250	4987500	5013500	
Österr. Conf.	1 St.	4737500	4732000	1978500	1977000	
Frankr. Conf.	1 St.	1075000	1082000	5687500	5687500	
Österr. Conf.	1 St.	32119500	32265000	1935150	19445500	
Spanien	1 St.	24283500	2461500	4887750	4937750	
Noban	1 St.	7780000	7820000	5316000	5335000	
Österr. Conf.	1 St.	4737500	4732000	1978500	1977000	
Österr. Conf.	1 St.	16857500	17042500	10872500	1072500	
Österr. Conf.	1 St.	2428350	2461500	154612	153888	
Österr. Conf.	1 St.	5448350	5473650	3211750	3208250	
Österr. Conf.	1 St.	1685750	1681225	1047750	1038250	
Österr. Conf.	1 St.	1685750	1681225	1047750	1038250	
Österr. Conf.	1 St.	8372500	8320750	4767250	4778750	

Berliner 11-Uhr-Devisen vom 21. Sept.:
 Amsterdam 47,000,000; Brüssel 6,000,000; Kopenhagen
 22,000,000; Italien 5,300,000; London 550,000,000; Neu-
 York 120,000,000; Paris 7,000,000; Schweiz 22,000,000;
 Rio de Janeiro 3,500,000 Tende: leiser

Amsterdamer Gröffnungsurse vom
21. Sept. Wechsel auf Berlin 0.00001½—2, London 11.55½—11.56, Paris 1480—1490, Brüssel 1250—1255, Newporf 254½—54½, Wien 0.0035½—36, Stockholm 67.40 bis 67.50, Christiania 40 70—90, Kopenhagen 4590 Brief, Schwetz 44.97½—45.05, Italien 11.25—35, Madrid 34.20 bis 34.40, Rubelkurs 0.01½—1½.

Zürcher Devisen vom 21. Sept. Wechsel auf
 Berlin 0.000004, Wien 0.0079%, Prag 16.95, Holland
 222%, Reuphor 565%, London 25.68, Paris 33.35, Italien
 2530, Brüssel 2410, Kopenhagen 102, Stockholm 150,
 Christiania 90.75, Madrid 76.40, Buenos 1.90, Budapest
 0.0305, Bussarest —, Agram 6.10.

Reuphorfer Nachbörsturs der Mark vom

Warenmärkte

Kölner Produktenbörse vom 20. Sept.
Infolge der scharfen Abschwächung der Devisen waren
die Preise wesentlich niedriger. Geschäfte kamen aber
nicht zustande.

GA Londoner Metallbörse. London, 20. Sept.
(Eig. Drablg.) Amtliche Notierung mittags: Kupfer gegen
Raff. 62.36, für drei Monate 63.00, Zinn gegen Raff. 198.12,
für drei Monate 198.25, Zink, nahe Sicht 24.50, Blei, en-
fernte Sicht 25.12. Die Preise beziehen sich in Pfund
Sterling für die englische Zonne gleich 1016 Rilaotamm,
Bremer Baumwolle. Gulby Riddling
140 150 000

GA Liverpooler Baumwolle-Notierungen vom
20. September. Breite per Oktbr. 16.55 Januar 16.11.
April 15.87 Mai 15.64

Aktion Wertpapierien

Kuxe Wertpapiere Schecks
nach bewährtem Geheimverfahren
Graphische und chemigraphische Kunstanstalt
W. Girardot, Essen Fernspr. 8140 bis 8147
Telegr.: Fachblatt Essen

Berliner Börse vom 21. September.

[illegible]

er mit d